

Nachrichten



Castor-Proteste ab 24. November Großkundgebung in Dannenberg am 26. November ab 12.30 Uhr. Widerstandsaktionen davor, danach und währenddessen!

Acht Atomkraftwerke wurden nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima stillgelegt. Ohne den Druck der Straße hätte sich die schwarz-gelbe Bundesregierung nicht bewegt. Doch das Reaktorrisiko dauert an: Bis zum Jahr 2022 oder 2023 sollen die verbleibenden Reaktoren in Betrieb bleiben – und sie machen Müll. Wohin mit dem Atommüll? Weltweit gibt es keine Lösung, doch einer tut so, als hätte er sie: Norbert Röttgen. Er lässt Gorleben weiter als Atommüll-Endlager ausbauen, alternativlos, ohne eine formale rechtliche Beteiligung der Bevölkerung. "Das nennen wir institutionelle Gewalt", kommentiert dieses Verhalten Wolfgang Ehmke, Sprecher der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI). Als Reaktion wird es auch in diesem Herbst wieder bewegte und bewegende Tage im Wendland geben: Aus Protest gegen den strammen Atom-Kurs der Bundesregierung erwartet die BI im November erneut zigtausende Menschen zur Kundgebung in Sichtweite der Castor-Verladestation in Dannenberg. Tausende werden sich in den Tagen danach an den unterschiedlichsten Aktionen zum Stopp des Transports beteiligen. "Atomstaat und Rechtsstaat beißen sich. Wenn der Castor rollt, bleibt die Demokratie auf der Strecke." Die Bürgerinitiative ruft deshalb erneut dazu auf, sich den Protesten im Wendland anzuschließen: "Wir rufen alle Menschen auf, sich im November auf den Weg nach Dannenberg, Gusborn, Quickborn oder Gorleben zu machen, um mit den Füßen gegen den Atomkurs der Regierung abzustimmen. Schon im vergangenen Jahr wurde in Harlingen bei der Schienen-Sitzblockade von Tausenden von Menschen deutlich, dass mit vertretbaren polizeilichen Mitteln der Castor-Transport nicht durchsetzbar ist. In diesem Jahr gibt eine weitere Chance: Wenn wir mit zehntausend Menschen auf die Strecke gehen, kommen sie mit Gorleben nicht durch."

Von Wilhelmshaven geht es mit Bussen nach Gorleben – genaueres erfahren Sie auf unserer Internetseite www.gegenwind-whv.de, auf der Seite des Aktionsbündnisses Jade-Region gegen Atomkraft <http://www.anti-atom-spaziergang-wilhelmshaven.de/tl/> und im Naturkostladen Jonathan Markt-/Ecke Mitscherlichstraße.



Zum Titelbild

25 Jahre begleitete der Gegenwind unseren Oberbürgermeister Menzel auch mit Karikaturen und mehreren Titelbildern. Auf unserer Titelbildcollage haben wir eine kleine Auswahl davon veröffentlicht. Eberhard Menzel beschwerte sich oft bei unserem Männlein-/Weiblein-Zeichner Erwin Fiege, dass er immer so schlecht getroffen sei. Zugegeben: Es sind nicht alles große Kunstwerke, aber erkennen kann man ihn immer. Das Bild in der Mitte hat noch eine kleine erwähnenswerte Geschichte. Nach der Veröffentlichung bekamen wir einen erbosten Brief aus dem Hause Menzel, in dem man sich darüber beklagte, wie schrecklich es für die kleinen Menzelkinder doch sei, ihren Vater in Unterhosen im Gegenwind zu sehen! Da wundert man sich nicht mehr darüber, dass die inzwischen flügge gewordenen Kinder auch heute noch in der WZ Leserbriefveröffentlichungen lassen, in denen sie sich über das Handwerk des Karikaturisten auslassen. – 6 Karikaturen Erwin Fiege, 4 Karikaturen Buko Königshoff, 6 Titelbilder hk. (hk)

Jonathan

Seit dem 1. August läuft der Naturkostladen wieder – Rainer Büscher und Joshua Brück haben sich getraut, die Versorgung mit ökologisch einwandfreien Lebensmittel weiter zu gewährleisten. Und nun heißt es schon wieder: Aus für Jonathan. Aber diesmal ist das Projekt nicht bedroht, man zieht nur an die gegenüberliegende Straßenecke, da wo ganz früher einmal das Café Kever, später eine Filiale der OLB und zuletzt ein Sportwettenladen war. Der Umbau ist in vollem Gange, und schon zum 1. Dezember läuft der Verkauf in den renovierten Räumen. Hier gibt es dann neben den gewohnten Angeboten auch eine Bistro-Ecke und einen Spielbereich für Kinder. Was noch wichtiger ist: Zukünftig wird der Einkauf barrierefrei sein. Rainer Büscher zum Gegenwind: "Wir expandieren zwar, das Tante-Emma-Flair wird aber auf jeden Fall erhalten."

Noch eine Änderung gibt es: Die Jonathan GmbH wird Genussrechte ausgeben. *Genussrecht ist ein juristischer Begriff aus dem deutschen Schuldrecht. Ein Genusschein ist eine Anlageform, die z.B. Rechte am Reingewinn einer Gesellschaft übergibt. Das Stimmrecht ist dabei immer ausgeschlossen. Die Rendite ist oft recht hoch, bei einer Insolvenz oder einer Liquidation erfolgt die Rückzahlung der Einlage des Genusscheininhabers aber erst nach vollständiger Befriedigung aller anderen Gläubiger. Der Totalverlust der Einlage ist also möglich.* (Quelle: Wikipedia)

Genauere Informationen zu den Genussrechtsbedingungen erteilen die Betreiber des Naturkostladens – am besten eben persönlich vorbeischauchen. (hk)

Ende eines Blogs

Seit mehreren Jahren war Tim Sommers Internet-Blog eine wichtige Informationsquelle für die kritischen Geister Wilhelmshavens. Hier gab es Infos aus dem Innersten der SPD oder später dann der Wilhelmshavener Linken. Der tägliche Blick auf die Seite war schon Automatik. Wir zitierten in vielen Artikeln aus Sommers Veröffentlichungen. Dann

kam die Kommunalwahl 2011, und seitdem findet sich nur noch dieser Hinweis auf der Seite:

Ich bin dann mal weg...

Auch einen Tag nach der Wahl bleibt das Gefühl, in Wilhelmshaven die Grenze der Kritikresistenz mehr als überschritten zu haben. Die Reaktionen von Parteien und Kandidaten auf das Wahlergebnis, die Entscheidung der Wilhelmshavener zur Kommunalwahl und die zu erwartende Zukunft unserer Stadt lassen nur einen Schluss zu. Es scheint schlicht keinen Sinn zu machen, Kritik zu üben. Die, die die Kritik eigentlich betrifft, haben das Aussitzen derart perfektioniert, dass selbst Helmut Kohl vor Neid erblassen müsste. Und die, die eigentlich derselben Meinung sind, haben nichts Besseres zu tun, als jegliche Einigkeit der Kritiker im Keim zu ersticken.

Alle paar Jahre, wenn das Maß mal wieder voll ist, wird Protest gewählt. Ob rechts, links oder bürgerlich, ist dann längst egal. Und die etablierten Parteien ignorieren alles nach bestem Wissen und Gewissen. Im Hintergrund werden längst die Fäden zu Seilschaften der nächsten Jahre verwoben.

All denen, die auch weiterhin hinter die Kulissen der Politik und der Wirtschaft an der Jade blicken wollen, empfehle ich das Bürgerportal Wilhelmshaven. All denen, die glauben, es würde nun alles besser werden, wünsche ich viel Glück.

Ich werde mich nun den schönen Dingen des Lebens und meinem Beruf widmen und bin dann erst mal weg... Schade! (hk)

TRIANGEL
second-hand-shop

An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten
Literatur + Comics u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
☎ 04421 / 4 21 84

 **Gegenwind**

Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421 / 99 49 90
eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Erwin Fiege, Hannes Klöpffer (verantwortl. Redakteur), Anette Nowak, Matthias Tiller, Wolle Willig, Imke Zwoch;

Druck: Papudis; Auflage: 4.500 Exemplare
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven
Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63
Der GEGENWIND erscheint unregelmäßig - mindestens 8 Ausgaben pro Jahr.
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 09.11.2011

www.gegenwind-whv.de

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.

Game over

OB- und Kommunalwahl – eine Nachbetrachtung

(iz) Die OB- und Kommunalwahlen liegen schon einige Wochen zurück, inzwischen hat sich der neue Rat konstituiert. Für die nächsten fünf Jahre, und nach einem sehr ausgedehnten und ungewöhnlichen Wahlkampf. Deshalb wollen wir, etwas verspätet, schlaglichtartig auf das Spektakel zurückblicken.

Sonntag, 11.9.2011, 19 Uhr 30: in der Wahlzentrale im Rathaus herrscht eine Stimmung, als sei gerade das World Trade Center eingestürzt. Oder, sinngemäß, der Rathaustrum. Kein Vergleich mit den früheren Wahlpartys im Pumpwerk, das schon ab 18 Uhr gut gefüllt war, wo jedes Zwischenergebnis lautstark begeistert oder auch enttäuscht kommentiert wurde. Hier: Nur ein paar BürgerInnen, Parteigänger und Verwaltungsleute. Fassungslosigkeit in einigen Gesichtern, keine emotionalen Diskussionen, nur geflüsterte Kommentare. Der einzig anwesende OB-Kandidat Nils Böhme macht sich schon wieder auf den Heimweg. Der noch amtierende OB sondert vor laufender NDR-Kamera uninteressante Textbausteine ab. Die übrigen hocken noch wie die Kaninchen ihren Löchern, um das Ergebnis vorzuverdauen. Das lautet: 36 zu 29,8% der Stimmen für den CDU-Kandidaten Andreas Wagner gegen Thomas Städtler (SPD).

Zuvor lag die Stadt über Monate im Wahlfiel - jedenfalls die halbe, denn die andere Hälfte hat mal wieder nicht mitgewählt.

Gegen 20 Uhr sind alle 48 Wahlbezirke ausgezählt, endlich ruft einer "das ist doch mal einen Applaus wert", pflichtschuldigst wird ein bisschen geklatscht. Kurz darauf betritt der strahlende Sieger den Saal, diesmal Applaus ohne Cheerleader. Die meisten haben sich schon davongestohlen, Teil zwei - die Auszählung der eigentlichen Kommunalwahl - interessiert anscheinend nicht mehr.

"Die rote Vorherrschaft ist endlich gebrochen!" lautete der hämische Kommentar einiger "Analysten" am Abend des 11. September. Revolutionär war allenfalls, dass nach 25 Jahren SPD-Menzel ein CDU-OB an der Spitze der Stadt steht. Doch, Hand aufs Herz: Hat sich wirklich so viel verändert?

Tatsächlich war Menzel in den letzten Jahren immer weniger als SPD-OB erkennbar. Er entschied und dirigierte nach eigenem Gutdünken und nicht selten an "seiner" Partei vorbei. Er stand der Wirtschaft näher als den "kleinen Leuten". Basisdemokratischen Bewegungen begegnete er offensiv aggressiv. Politisch engagierte BürgerInnen, die nicht in sein Kalkül passten - ob Antifa, ob Antiport, ob Anti-Fäkal - diffamierte und beleidigte er. Sich selbst sah er als Ausbund der "Vernunft", anderen warf er Emotionalität vor - dabei machte er selbst verbal und mimisch das HB-Männchen, wenn ihm was nicht passte. In der inhaltlichen Linie - Wirtschaftsförderung über alles als vermeintliches Allheilmittel - wird es bei Wagner kaum Unterschiede geben, bleibt zu hoffen, dass er anders als sein Vorgänger kritischen BürgerInnen fair und auf Augenhöhe begegnet, ihre Anregungen konstruktiv entgegennimmt und ihr ehrenamtlichen Engagement angemessen würdigt.

Aber außer dem OB wurden ja noch 44 Menschen gewählt. Neu ist, dass jetzt neun statt sieben Parteien und Wählervereinigungen im Rat vertreten sind. Die Rechten sind erfreulicherweise gar nicht erst angetreten. Die Piraten sind mit einem und die Freien Wähler und die Wilhelmshavener Bürgervereinigung mit je 2 Sitzen dazugekommen. Die Linken zogen letztes Mal (noch als LAW) mit zwei Herren in den Rat ein, einer meldete sich gleich danach ab - jetzt bleibt es bei einem. Die BASU schließlich, hieß es hämisch, sei von 5 auf jetzt 2 Mandate abgerutscht. Tatsächlich waren es 2006 zunächst auch nur zwei, erst im Laufe der Wahlperiode wurde die BASU als Gruppe zum Aufgangbecken für Aussteiger - Barbara Oberbloibaum von der SPD, Claus Westerman von den Grünen und der parteilose Gerold Tholen vervollständigten das Quintett. Wirkliche Verlierer sind nur die Freidemokraten,

die von fünf Leuten 2006 auf einen einsamen Dr. von Teichman schrumpften.

Bei den beiden "großen" Parteien hat sich gegenüber 2006 nichts eklatant verändert. Die SPD zog 2006 mit 17 Leuten in den Rat ein. Unterwegs ging ihnen eine Ratsfrau an die BASU verschütt, blieben 16, jetzt wurden 14 reingewählt. Die CDU-Fraktion hatte seit 2006 konstant 14 Köpfe, jetzt ist es einer mehr. Deutliche Zugewinner sind nur die Grünen: 2006 waren es drei, unterwegs nur noch zwei und jetzt sind es sechs im Rat.

Die letzte Wahlperiode startete auch nicht mit einer roten Vorherrschaft, sondern mit einer 22köpfigen Jamaica-fast-Mehrheit (CDU-FDP-Grüne), die gelegentlich vom OB auf 23 aufgestockt wurde, aber nicht lange hielt. Nach dem Scheitern wurde es zeitweise wirklich bunt und spannend, wer mit wem wie abstimmte. Eigentlich naheliegender - wenn sich immer dieselben Parteien und Gruppen bei allen Entscheidungen einig wären, bräuchten wir ja gleich nur zwei Wahlalternativen. Demokratisch interessant wird es erst durch unterschiedliche Schwerpunkte - bei einem sozialen Thema stimmt Partei A mit Gruppe B überein, bei einer Entscheidung im Kulturbereich vielleicht eher mit Partei C.

Irgendeine geheime Macht mit dem Codenamen "Vernunft" plädiert jedoch unermüdlich für die übermächtige "Wilhelmshaven-Koalition", die sich in allem immer einig ist. Vor allem würde von allen erwartet, dass sie nie skeptisch hinterfragen und keine Bedingungen stellen, wenn ein Investor an die Tür klopft. Mal ehrlich: wer regiert uns wirklich?

Nun ist dieser (Alp)Traum erst mal wahr geworden: SPD und CDU starten per Koalitionsvertrag mit einer betonierten 2/3 Mehrheit in die neue Wahlperiode. Eine Überraschung? Macht macht süchtig. Hauptsache oben bleiben, auch wenn man eigene Prinzipien und Wahlprogramme dafür aufgeben muss. Einen Tag nach der Wahl beeilte sich SPD-Vorsitzender Volker Block, auf Schmutzsekurs zu gehen in Richtung große Koalition. Die Kugelschreibertinte auf den Wahlzetteln war kaum getrocknet, da wurde schon das erste Wahlversprechen gebrochen: für den Bau weiterer Kohlekraftwerke ist die SPD nun offen. Echt pervers: Erst tritt man mit scheinbar unterschiedlichen Zielsetzungen an, und plötzlich ist man sich doch in allem einig.

Mal schauen, ob die plötzlich entflammte schwarz-rote Liebe ewig hält, ob den Genossen die garantierte Mehrheit für-was-auch-immer wichtiger bleibt als ihre politischen Wurzeln, für die sie auch die Nagelprobe wagen und die Scheidung riskieren. Dann käme wieder Dynamik in den Ratssaal.

Um zumindest in den Ausschüssen ein Stimmrecht zu haben, müssen die Einzelkämpfer Anschluss suchen. Um so besser sind sie gerüstet, wenn sich in den nächsten 5 Jahren der Wind noch dreht. So haben sich Grüne, WBV und der Pirat mittlerweile zusammengeschlossen.

Die Schuldfrage

Nach der OB-Wahl machten die SPDler lange Gesichter, als wären sie völlig unschuldig daran, dass "ihr" Kandidat abgeschmiert ist. Über lange Wahlkampfwochen hinweg wagte niemand eine klare Prog- ➡

	Kommunalwahl 2006	Stand September 2011	Kommunalwahl 2011
SPD-OB	1	1	0
CDU-OB	0	0	1
SPD	17	16	14
CDU	14	14	15
FDP	5	5	1
GRÜNE	3	2	6
BASU	2	4	2
DIE LINKE	2	1	1
DP	1	0	0
parteilos	0	2	0
Freie Wähler	0	0	2
Piraten	0	0	1
WBV	0	0	2
Summe	45	45	45

nose: Wagner oder Städtler? Auch der grüne Kandidat Michael von den Berg wurde, wenn auch nicht als Sieger, aber hoch gehandelt. Die anderen sechs waren nie ernsthafte Konkurrenten, brachten aber Farbe ins Spiel und im Ergebnis jedenfalls neue Wählergemeinschaften in den Rat. Alle Neune waren manchem zu viele, aber gegenüber nur einem einzigen gemeinsamen Kandidaten, wie "die Vernunft" (= die Wirtschaft) es einforderte, die bessere Alternative.

Von allen sieht Wagner am ehesten so aus, wie Heini Meyer und Liese Müller sich einen OB vorstellen. Ohne sichtbare Ecken und Kanten, seriös, aber nicht humorlos, verbindlicher Händedruck. Nach diesem Eindruck wählen die 95%, die keine Wahlprogramme studieren oder Podiumsdiskussionen besuchen. Zudem ist Wagner "ein Mann der Wirtschaft", was der breiten Masse von gewissen Meinungsmachern als wichtigstes Kriterium erfolgreich eingetrichtert wird. Deshalb hatten auch fast alle Kandidaten aus der letzten Ecke ihrer Biografie was rausgekratzt, das irgendwie mit Wirtschaft zu tun hat. Selbst der Pirat Rainer Büscher gab als Beruf schließlich "Unternehmer" an - was nicht gelogen ist, führt er doch ein Naturkostfachgeschäft. Und der grüne Teehändler hat sogar internationale Wirtschaftsbeziehungen - Tee wächst ja nicht in Deutschland.

Aber wem nützen Beziehungen zur Wirtschaft eigentlich am meisten? Den Bürgern oder der Wirtschaft? Nur weil ein OB weiß, wie die Wirtschaft tickt, wird er einen Unternehmer kaum überreden können, eine garantierte Zahl unbefristeter, sozialversicherungspflichtiger und tariflich bezahlter Arbeitsplätze zu schaffen, wie wir sie brauchen, und seine Ansiedlung nach planerischen und ökologischen Vorgaben der Stadt auszurichten. So lief das schon in der Vergangenheit nicht, so wird es vermutlich auch zukünftig nicht laufen. Man nimmt, was man kriegen kann, Zeitarbeit, prekäre Beschäftigung, hässliche Billigbauten auf der grünen Wiese - egal, Hauptsache, man kann von Arbeitsplätzen schwafeln, Statistiken schönen und bei der Einweihung gibt's Sekt und alle sind mit auf dem Pressefoto. Ob Wagner da was anders machen wird als Menzel?

Wäre ein erfahrener Verwaltungsfuchs wie Städtler vielleicht sinnvoller gewesen, der die inneren Strukturen im Rathaus erkennen, verstehen und geschickt verändern kann, der mal Kehraus macht? Keine Frage, in der Verwaltung arbeiten engagierte und fähige Leute, die aber oft nicht so können, wie sie wollen, weil sich an der Spitze über 25

Jahre vieles festbetoniert hat - ein mächtiges Paralleluniversum jenseits des Ratssaales. Verwaltungsmitarbeiter sollen keine Untertanen sein, die Zeiten sind zum Glück vorbei (auch wenn einige Leute Bismarck hier wieder ein Denkmal setzen wollen), sie sollen ihre fachliche Meinung beisteuern - aber oft genug fragt man sich, wer hier eigentlich die Fäden zieht. Aufgaben umverteilen, den Nachwuchs aufrücken lassen - so käme mal frischer Wind ins Rathaus. Nicht aber mit dem Rotstift an der Basis des Personals - auch ein kluger Unternehmer weiß, dass ausgebrannte Mitarbeiter auch ökonomisch eine Katastrophe sind. Personal kürzen ist populistisch der Renner, aber saublöd.

Warum ist Städtler gescheitert? Die Grünen und Stefan Becker sind schuld, räsönieren einige Genossen, weil die wertvolle Stimmen geklaut haben.

Ist Städtler selbst schuld? Äußerlich sieht er schon aus wie ein Bürgermeister, zudem ist er auch ein echter und wird das nun weiterhin sein - in Löningen. Von Anfang an trat Städtler überall in Erscheinung, wo er die Basis treffen konnte, ob bei Diskussionen um die Antonlust, wo ein Industriegebiet dräut, oder beim "Plattformfestival", dem Highlight alternativer Jugendkultur. Bürgerbeteiligung - ein echtes Manko unter Menzel - war Städtlers oberstes Credo. Gegen Ende verblasste er jedoch zusehends in öffentlichen Diskussionen und, so munkelt man, soll schließlich mit seiner "Kneipentournee" unterhalb eines gewissen Niveaus gestrandet sein.

Wer Persönlichkeit zeigt, macht sich angreifbar. Städtlers Gegner führten Krieg auf unterstem Niveau, nicht politisch, sondern persönlich. So: Wo hat Städtler seinen Erstwohnsitz? In WHV, oder tut er nur so? Oder: Er ist in Löningen bis 2014 gewählt - jetzt will er die Leute dort im Stich lassen, wie gemein! Wie schnell lässt er Wilhelmshaven dann im Stich, wenn was besseres winkt? Oder: die "Anruf"-Gerüchte - da sollen Leute aus Löningen angerufen haben, "wählt den bloß, damit wir den los sind". (Andere Löninger sollen gesagt haben, Städtler habe dort soviel Gutes auf den Weg gebracht, dass er guten Gewissens ziehen könne). Man muss Städtler politisch oder persönlich nicht mögen, um festzustellen: diese Art des "Wahlkampfes" ist unterste Schuhsohle - Provinztheater.

Was hat Wagner, was Städtler nicht hatte? Richtig: geschlossene Unterstützung durch seine Partei. Leute, die ihn gegen doofe Gerüchte abschirmen. Und, bis zum letzten Tag, hatte Wagner Wahlkampfhilfe von der Wirtschaft, bis hin zu "ich wähle Wagner weil"-Annoncen auf der Titelseite des Tageblatts - die lassen sich ihren Spaß was kosten!

Städtler hatte bei seiner Nominierung eine knappe Mehrheit gegenüber Klaus Kottek. Und die große Minderheit der Partei warf Städtler dann Knüppel zwischen die Beine ohne Ende - bei solchen Partei"freunden" braucht man keine Feinde mehr.

Dann kam noch die Umfrage, die der NDR bei Infratest Dimap in Auftrag gegeben und die WZ veröffentlicht hatte. Von da ab ging es nicht mehr um einen von neun Wunschkandidaten, sondern um die rein strategische Entscheidung zwischen zwei Personen, die etwa gleichauf waren: einen wählen, um den andern zu verhindern.

Musikschule



schlagzeug - gitarre - bass
keyboard - gesang - recording

...learn to play.

www.schoolofrock-whv.de
info@schoolofrock-whv.de
Tel.: 04421/366423

War diese Umfrage repräsentativ? Infratest Dimap befragte Leute telefonisch - ausgewählt aus dem örtlichen Telefonbuch. Das sind mit wenigen Ausnahmen Leute mit Festnetzanschluss. Die vielen, vor allem Jüngeren, die nur noch per Handy unterwegs sind, oder sich keinen Festnetzanschluss leisten können, bleiben außen vor. Auch ein Gegenwind-Redakteur wurde befragt und stellte im Gespräch fest, dass z. B. der Piraten-Kandidat dem Fragesteller unbekannt war. Mehr muss man zur Qualität der Umfrage nicht sagen - deren Folgen waren erheblich.

Drei Tage nach der Wahl zauberte Stadtrat Klaus Kottek, der als SPD-OB-Kandidat gegen Städtler gescheitert war, ein Kaninchen aus dem Hut. Ein Umschlagplatz für Offshore-Windkraftwerke auf der Schlukeninsel! Der Newcomer war gescheitert, schon bekamen die alten Strukturen wieder Oberwasser. Weitermachen wie bisher: Zwar endlich mal eine ökologisch orientierte Zukunftstechnologie, nur liegt diese Zukunft schon in der Vergangenheit, andere Hafencities sind da längst mittendrin, also hier ein Rohrkrepierer, den man mitten in ein touristisch verheißungsvolles Areal setzen will. Glückwunsch.

Fazit

Ob SPD oder CDU, hier einer mehr, da zwei weniger, nun ohnehin in vertraglicher Eintracht - sie waren in den letzten Wahlperioden nicht mutig oder innovativ, und das wird sich auch jetzt nicht wie von Zauberhand ändern. Neue Ideen und andere Sichtweisen sind allenfalls von einigen anderen, vor allem den neu in den Rat eingezogenen Gruppierungen zu erwarten, aber was nützt es, wenn die übermächtig große Koalition sich selbstzufrieden zurücklehnt. Putzig war schon, dass die SPD-Fraktion jetzt mit Karl-Heinz Föhlinger einen zu ihrem Vorsitzenden gewählt hat, der bislang in den eigenen Reihen und vor allem den Augen der alten Führungskräfte als enfant terrible in Erscheinung trat. Schauen wir mal, wie er sich in neuer Position entwickelt.

So wie die SPD kaum noch erkennbar links von der CDU agiert, war auch Menzel schon lange kein linker OB mehr. Unsere ehemalige Arbeiterstadt ist rechts von der Mitte angekommen, da können wir Wagner loslaufen lassen, ohne dass er sich an einem sozial und ökologisch bemerkenswerten Vorbild messen lassen müsste. Eine perfekte Startposition: schlechter kann es kaum noch werden. □



webdesign | grafik | foto | werbetechnik | textildruck



MADE IN WILHELMSHAVEN

Webdesign
Druckdesign
Textildruck
Fotografie
Werbetechnik

www.webkraftwerk.de
0 44 21 - 3 58 59 70

Neu im Rat

Die Stimme für die Leute, die keine Stimme haben

(hk) Die Wilhelmshavener Linke konnte bei den Kommunalwahlen nicht die Stimmenzahl erzielen, die sie erhofft hatte. Sie landete mit 2,9% abgeschlagen hinter WBV, Freien Wählern und sogar der FDP auf dem 8. Platz und wird mit nur einem Mandat im Rat vertreten sein. Mit Al Chafia Hammadi wird erstmals ein Wilhelmshavener mit Migrationshintergrund im Rat der Stadt Platz nehmen.

Wir sprachen vor seiner ersten Ratssitzung mit Al Chafia Hammadi.

Gegenwind: Herr Hammadi, warum haben Sie für den Stadtrat kandidiert?

Hammadi: Das hat mit meinem Migrationshintergrund zu tun. Ich wollte zeigen, dass ich mich integriert habe. Integriert sein heißt mitbestimmen, heißt versuchen, die Zukunft zu gestalten. Es reicht nicht, dass man sich über die Umstände beschwert, sondern man muss auch selbst mit anpacken. Jeder leistet seinen Beitrag dazu, und ich leiste meinen Beitrag jetzt dazu mit meinem Einzug in den Rat der Stadt Wilhelmshaven. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass wir alle zusammenarbeiten müssen und dass wir uns entgegenkommen sollen. Integration spielt ja eine große Rolle, und das ist ja nicht nur Integration der Migranten, sondern ich möchte auch die gebürtigen Deutschen in ein gemeinsames Miteinander, in eine gemeinsame Zukunft integrieren. Dafür trete ich ein, und da gibt es Missstände in der Stadt, ganz besonders in der Südstadt.

Fühlen Sie sich mehr als Ausländer oder mehr als Deutscher?

Das ist eine große Frage. Auf die Frage: Woher kommen Sie? sage ich: Ich bin Deutscher und lebe über die Hälfte meines Lebens in Deutschland. Ich bin 39 Jahre alt, ich bin hier aufgewachsen, meine Jugend, erste Freunde, erste Freundin et cetera. Ich habe hier meine Freunde und sonst nirgendwo, hier fühle ich mich zu Hause. Ich möchte versuchen, meine Zukunft, unsere Zukunft, mitzugestalten. Ich habe auch meine Sicht der Dinge, und die möchte ich mit einbringen. Damit möchte ich sagen, dass ich Deutscher bin, Deutscher mit Migrationshintergrund.

Warum sind Sie bei der Linken?

Ich habe sozialistische Wurzeln – das liegt in der Familie. Als ich das erste Mal zur Linken gegangen bin, habe ich nicht daran gedacht zu kandidieren – das ist auch schon 4, 5 Jahre her, da hab ich an Kandidatur und Rat überhaupt nicht gedacht. Es ging damals um

andere Fragen – was da im Nahen Osten, im Libanon passiert. Ich habe mich betroffen gefühlt – Ohnmacht gefühlt. Das hat mich motiviert, die Leute wach zu rütteln, wir leben nebeneinander und wissen so wenig voneinander.

Ich versuche jedenfalls zu zeigen, dass es gar nicht so ist, wie es im Fernsehen gezeigt wird, dass wir auch Menschen mit Hoffnungen, mit Ängsten sind. Wir wollen eine bessere Zukunft für unsere Kinder, für uns alle. Hauptsächlich bin ich zur Linken gegangen, weil das in der Familie verwurzelt ist und weil mein Vater, meine Cousins, meine Onkel, halt die ganze Familie, schon links gewesen ist. Ich bin so groß geworden, so erzogen worden.

Wie wollen Sie jetzt im Stadtrat arbeiten? Haben Sie schon Kontakte mit anderen Parteien oder Gruppen gehabt?

Gespräche habe ich geführt. Ich finde es schade, dass die meisten Parteien "Linke? Nein danke" sagen, "Mit Linken wollen wir nicht arbeiten". Ich finde das nicht demokratisch. Wir wollen ja alle etwas für die Stadt machen. Persönliche Vorwürfe oder was auch immer, das kann man ja außerhalb des Rates erledigen. Ich möchte in der Stadt, insbesondere hier in der Südstadt, etwas verändern; meine Vorurteile lasse ich draußen und möchte allein für die Stadt etwas tun. Warum die anderen nicht mit mir zusammen arbeiten – da müssen Sie die anderen fragen – ich weiß nicht, was die gegen Linke haben.

Aber Sie hatten Kontakte..

... es gab unverbindliche Gespräche, auch ich selbst habe Gespräche gesucht, ich habe versucht, den Parteien zu sagen: Ich bin für die Linke hier, die Linke steht hinter mir, die wollen auch mitarbeiten, die Zukunft zu gestalten. Vielleicht brauchen die uns nicht – wir haben ja nur ein Grundmandat. Mit meinem Hintergrundwissen bezüglich Migrations- und Integrationsfragen denke ich, dass die mit uns kooperieren sollten. Das sind ja auch meine Schwerpunkte, wofür ich angetreten bin. Ich werde auch nicht aufhören, die anderen Parteien anzusprechen – im Rat und auch privat – auch wenn die keine Gruppenarbeit mit uns eingehen. Ich meine, manche Leute urteilen, aber möchten nicht verurteilt oder vorverurteilt werden. Das hat ja auch Jesus gesagt: Richtet nicht, auf dass ihr nicht gerichtet werdet. Und das möchte keiner, keiner möchte gerichtet werden – aber die richten.

Ich werde weiterhin das Gespräch mit den anderen Parteien suchen, damit die mich bei irgendwelchen Anfragen oder Anträgen unterstützen. Ich kann nur dafür plädieren, mit uns zusammenzuarbeiten – das wäre ein Gewinn für alle und kein Verlust, kein Imageverlust für irgendjemanden. Ich möchte im Rat arbeiten, und das ist das Ausschlaggebende.



Al Chafia Hammadi ist 39 Jahre alt, stammt aus dem Libanon und wohnt seit 23 Jahren in Wilhelmshaven. Er hat die IGS besucht und sein Abitur gemacht, konnte danach aber keinen Beruf erlernen, weil er als Asylbewerber nicht arbeiten durfte. Er unternahm mehrere Versuche, im Pflegebereich Fuß zu fassen, scheiterte aber immer an bürokratischen Hindernissen, die meist in Zusammenhang mit seinem Migrantenstatus standen. Nachdem er vor knapp 5 Jahren die deutsche Staatsbürgerschaft bekam, versuchte er erneut in einen Pflegeberuf einzusteigen. Aber auch hier gab es wieder Schwierigkeiten, so dass er auch heute noch ohne Beruf ist, sich aber ständig um einen Job bemüht.

Haben Sie konkrete Forderungen zum Bereich der Südstadt?

Wir haben Eckpunkte für Wilhelmshaven, wir haben ein Wahlprogramm. Wir fordern z.B. ein selbstverwaltetes Jugendzentrum für die Südstadt – ich weiß, das wird nicht einfach, das zu verwirklichen. Die Südstadt ist ein Brennpunkt, es gibt hier sehr viele Jugendliche und für die gibt es kein Jugendzentrum. Jetzt sagt man: Okay, wir haben das Point – aber wir brauchen etwas direkt hier, hier, wo die Jugendlichen sind, da wo es wirklich brennt, wo die Konzentration bestimmter sozialer Schichten und Probleme ist. Das ist ja die generelle Politik, das ist ja nicht nur dieses selbstverwaltete Jugendzentrum, da laufen ja mehrere Schienen nebeneinander, damit dann für die Migranten, aber auch für die deutschen Jugendlichen etwas erreicht wird, sich etwas ändert. Ich habe gehört, dass die Migrationsberatungsstelle der Stadt abgeschafft werden soll, wenn Frau Janss in Rente geht – das finde ich unmöglich. Wir reden über Integration und wollen die Migrationsberatung abschaffen – wie geht das denn? Sitzt dann da nur noch Herr Paesler?

Wie wollen Sie Ihre Schwerpunkte im Rat deutlich machen?

Mich interessiert zum Beispiel die Mitarbeit im Ausschuss Soziales/Gesundheit und Jugendpflege. Ich arbeite gerne mit Jugendlichen. Man muss sich austauschen, was wollen die Jugendlichen, was sind deren Hoffnungen, was sind deren Ängste, was kann man mit denen machen, was kann man nicht machen. Viele Jugendliche mit Migrationshintergrund fallen ja auch auf - es gibt dieses Vorurteil "Ausländer gleich Kriminelle". Ich möchte gegen Vorurteile arbeiten und versuchen, das auf eine gerade Schiene zu bekommen. Ich bin kein Missionar, ➡

SPOONER

Anzihsachen

Marktstr. 19

gegenüber Hertie

26382 WHV



www.myspace.com/spooneranzihsachen

NEU Cyroline T-Shirts 14,99 €

aber wir leben hier, unser Leben ist hier, unsere Familien sind hier, meine Familie ist hier, meine Eltern, meine Schwestern, meine Nichten – wir sind hier in unserer Heimat. Meine ganze Familie lebt hier. Ich weiß nicht, was man noch mehr sagen und beweisen soll, damit man sagt, ich bin hier beheimatet und ich bin hier integriert. Ich verstehe unter Integration z.B. nicht, das ich mich total anpasse und mir die Haare blond färbe, um manchen Leuten zu gefallen – nein, ich kann eine Bereicherung sein, wir können alle füreinander eine Bereicherung sein, können voneinander lernen. Ich bringe ein Stück von meiner Kultur mit rein in die deutsche Kultur.

Integration wird ja nun nicht ständiges Thema im Rat sein. Da geht es um Bebauungspläne, Straßenbau, Schulschließungen, Industrieansiedlungen. Wie wollen Sie da ran gehen?

Da werde ich natürlich erst einmal die Anträge, die Vorgänge lesen, hinterfragen und dann entscheiden. Ich bin zwar unabhängig, aber ich lasse mich da natürlich beraten, ich höre mir die anderen Meinungen an, aber ich selbst entscheide dann letztendlich.

Wie sieht es mit der Unterstützung durch die Partei aus?

Ich habe die Partei hinter mir, das ist mir zugesichert worden. Unser Ziel, unsere Motivation ist weiterhin, mit den Menschen auf der Straße zusammenzuarbeiten. Das sind die Linken: Auf der Straße präsent sein, ansprechbar sein. Auch wenn wir vielleicht im Rat nicht viel bewirken können, ich möchte den Leuten eine Stimme geben, die keine Stimme haben.

Vielen Dank für das Gespräch. □

die Freien Wähler (jeweils 2 Sitze), die BASU konnte nur enttäuschende 2 Ratsmandate erreichen und die Linke und die FDP nahmen mit jeweils einem Vertreter im Ratssaal Platz. Da waren die Abstimmungsergebnisse vorhersehbar: 30 : 15.

Auf den Plätzen der Opposition zeichnete sich schnell ab, dass Werner Biehl (Grüne), Joachim Tjaden (BASU) und Michael von Teichman (FDP) die Wortführerschaft beanspruchten. Für die nächsten Ratssitzungen wäre eine bessere Absprache untereinander von großem Vorteil, obwohl es sicherlich sehr frustrierend ist, gegen eine große Koalition zu argumentieren.

Und diese große Koalition festigte ihren Alleinvertretungsanspruch auch noch damit, dass von ihr alle Versuche, den kleinen Parteien/Gruppen mehr Rechte zu gewähren, mit (welche Überraschung) 30:15 abgeschmettert wurden.

Dr. von Teichman machte seinem Unmut über diese Art der Abstimmungsmaschinerie Luft: "Die Transparenz nimmt ihren Lauf." Im weiteren Verlauf riet er der Ratsmehrheit, sich schon mal warm anzuziehen, weil er die Minderheitenrechte per Gericht durchsetzen wird. Als der CDU-Ratsvorsitzende Stephan Hellwig dann auch noch die Ablehnung der Minderheitenanträge mit den Worten begründete, dass einzelne Ratsmitglieder mit ihren unsinnigen Wortbeiträgen die Sitzungen nur unnützlich in die Länge ziehen und die Arbeit des Rates behindern, sagte von Teichman unter dem Beifall seiner 14 Mitstreiter: "Das ist die Arroganz der Macht."

Die Ratssitzung dauerte bis fast 22 Uhr – doch so lange war der Gegenwind nicht vor Ort und über die Zusammensetzung der Ausschüsse, die Besetzung der Aufsichtsratsposten usw. werden wir dann berichten, wenn es dazu etwas zu berichten gibt.

► Der **Top-Begriff** der Ratssitzung: Wohlgesetzte Worte (war mindestens 4 mal zu hören)

► Mit **Al Chafia Hammadi** und Frau **Nurhayat Bakir** sind erstmals zwei Wilhelmshaver Bürgerinnen mit Migrationshintergrund in den Rat gewählt worden.

► Nicht leicht hat es **Norbert Schmidt**. Wurde ihm doch überraschend schon das Amt des Fraktionsvorsitzenden von Karl-Heinz

Föhlinger streitig gemacht, hatte er auf der Ratssitzung erneut Grund, ein langes Gesicht zu ziehen: Sein schon sicher geglaubter Posten als Vorsitzender des Ausschusses Planen und Bauen wird zukünftig vom neuen Ratskollegen Michael Veh besetzt. Da wurde wohl mal wieder eine alte Rechnung beglichen. □

Hier gibt es mittelalterliche Getränke

Met (Honigwein)
lieblich - halbtrocken - trocken

Honigbier
Bärenfang
Kirschbier
Schottisches Bier




Kiosk Buß (neben dem KlingKlang)
Mitscherlichstr. 5, 26382 WHU
www.metecke.de

Ratssplitter

Konstituierende Sitzung am

2. November 2011

Am großem Besen: Hannes Klöpffer

Diesmal gibt es nur einen halben Ratssplitter, denn ich nutzte die von der BASU verursachte Unterbrechung um Viertel nach Sechs, um noch einen weiteren Termin wahrnehmen zu können. Wie Berichten von Besuchern zu entnehmen war, gab es auch über die Zeit bis kurz vor 22 Uhr nicht besonders viel zu berichten, zumindest passierte nichts, was nicht im Prinzip auch schon in der Zeit bis 18 Uhr 15 geschehen ist.

Zu Beginn der Sitzung legte der neue Oberbürgermeister Andreas Wagner seinen Amtseid ab – aufmerksam von seiner Frau von einem reservierten Platz auf der Zuschauertribüne aus beobachtet. Seine Antrittsrede war dann zwar noch mit dem Wagnerschen Kampfruf "Wilhelmshaven geht besser" überschrieben, bot allerdings nichts wirklich Neues. Arbeitslosigkeit bekämpfen, Schulden reduzieren/abbauen, Nachhaltigkeit, intelligente Expansionspolitik, Nachbarschaftspflege – so lauteten die Kernsätze der "Regierungserklärung", die sich nicht sonderlich von der Merkelschen Neujahrsansprache unterschied.

Auffällig war, dass die CDU-Ratsmitglieder ausnehmend gut gelaunt waren – man spürte förmlich ihre Zufriedenheit mit dem Wahlergebnis, sowohl der OB-Wahl als auch dem der Kommunalwahl. Die CDU-Bank vermittelte ein Flair von: Jetzt werden wir es allen zeigen! Dazu hat die CDU ja auch allen Grund, zumal sie in dem Koalitionspapier, auch Mehrheitsgruppenvereinbarung genannt, ganz klar die Nase vorn hat. Die CDU ist nun stärkste Fraktion mit 15 Mitgliedern, die SPD-Fraktion ist auf 14 geschrumpft

Die Grünen konnten ihren Anteil verdoppeln und sind im neuen Rat mit 6 Leuten vertreten. Neu sind auch Stefan Beckers WBV und

Leserbrief

Im letzten Gegenwind veröffentlichten wir im Artikel "Gute Arbeit, damit die Kommunen wieder atmen können" ein Foto des Wegweisers des Gewerbeforums Banter See mit folgender Unterschrift: Gewerbeforum Banter See (ehem. KSW) Von knapp 50 Plätzen sind nicht einmal eine Handvoll besetzt. Dazu erreichte uns der folgende Leserbrief:

Sehr geehrter Herr Klöpffer!

Als Verwalter - Gewerbeforum Banter See - teilen wir Ihnen mit:

I. Ihr Artikel auf Seite 11 liegt völlig neben der Sache!

II. Hätten Sie nur einmal das Verwaltungsbüro gegenüber der von Ihnen abgebildeten Tafel aufgesucht, wären Ihnen alle Informationen erteilt worden.

III. Das Objekt ist zu 95 % vermietet, und zwar an Firmen, die Ihnen hätten schon bei einem Rundgang auffallen müssen.

Es sind richtig renommierte Firmen, die sich jeder Vermieter nur wünschen kann.

1. Tauchsport Heinemann
2. HPKJ - Hydraulik
3. Rehau Wittmund
4. Hermes
5. Uni Oldenburg
6. Fa. Meinex
7. Udo Sallmann
8. und weitere mittlere und kleinere Unternehmen
9. und viele Autoschrauber, Lageristen, Hobbybastler, Musiker, Künstler usw.
10. der Nostalgie-Triebwagen hat sein kostenloses Abstellgleis erhalten

Die Eigentümer in Verbindung mit der Verwaltung haben ihre Hausaufgaben gemacht, **leider Sie nicht!**

Dipl.-Kfm. Chr. Anders,
Verwaltung Gewerbeforum Banter See
Helmholtzstr.3, 26389 Wilhelmshaven

Nicht Freund, nicht Feind 25 Jahre mit Eberhard Menzel

Hätten Sie gedacht, dass unser scheidender Oberbürgermeister einmal förderndes Mitglied des Gegenwind war? Sicher nicht. Dennoch stimmt es. Das gilt auch noch für die ersten Jahre seiner Tätigkeit als (ehrenamtlicher) Oberbürgermeister. Doch irgendwann kam natürlich der Anruf mit der Bitte, ihn aus unserer Kartei zu löschen. Zu weit waren die politischen Ansichten auseinandergedriftet.

Seit 30 Jahren erscheint nun der Gegenwind – 25 Jahre davon war Eberhard Menzel Wilhelmshavens Oberbürgermeister. Der Gegenwind hatte nie ein besonders gutes Verhältnis zu ihm, aber auch nur selten ein wirklich schlechtes. Wir hatten immer die Möglichkeit, mit ihm zu sprechen, sei es für ein Interview, sei es zur Klärung eines Sachverhaltes – alles in allem aber war das Klima zwischen uns recht kühl.

Natürlich gab es auch Zeiten der absoluten Funkstille – erinnert sei hier an die Zeit der Veröffentlichung der Handlögten/Venske-Bücher "Dreckiger Sumpf" und "Wilhelms wahnsinnige Erben", aber auch die Neuaufstellung eines Kaiser-Wilhelm-Denkmal fröstete unser Verhältnis. Die Gegner der Denkmalaufstellung wurden von ihm 1995 als "selbsternannte Antifaschisten" runtergeputzt.

In all den Jahren mussten wir erkennen, wie dünnhäutig Eberhard Menzel war, wie wenig er in der Lage war, mit Kritik umzugehen.

Allgemein wird behauptet, dass Eberhard Menzel ein großer Oberbürgermeister war, der in die Geschichte der Stadt Wilhelmshaven eingehen wird. Eberhard Menzel steht aber auch für eine kritiklose Industrieansiedlungspolitik, für das Anbeten von Investoren und als Vorreiter einer dramatischen Ansiedlungsdichte von Kohlekraftwerken.

Besonders hervorzuheben ist auch Menzels Verhältnis zu den Kaiserlichen KanalarbeiterInnen, die für die Einstellung der Fäkalieneinleitungen am Südstrand kämpfen. Auch hier schreckte er nicht vor persönlichen Angriffen gegen die Aktivistinnen zurück, schreckte nicht davor zurück, die Forderungen übelst zu diskreditieren, ihnen zu unterstellen, dass sie der Stadt Wilhelmshaven schaden wollten.

Unsere uneingeschränkte Hochachtung verdient Menzels Engagement, wenn es gegen das Vergessen der Taten des Faschismus geht, wenn es gegen das Vergessen der von den Wilhelmshavener Faschisten verfolgten, vertriebenen und ermordeten Juden geht. Seine Reden auf dem Synagogenplatz, am Lager Schwarzer Weg, an der KZ-Gedenkstätte am Alten Banter Weg, bei der Enthüllung von Mahnmalen sind von ehrlicher Wut und Trauer und ernsthaftem Engagement geprägt. Und das sind die Momente, an die wir uns erinnern wollen, wenn es um 25 Jahre unter dem Oberbürgermeister Menzel geht.

Gegenwind-Redaktion

Kommentar

Die Linke: Gegen die Wand

Die Leute aus dem Wilhelmshavener Epi-Zentrum haben ihr Ziel erreicht: Der Wilhelmshavener Kreisverband der Partei Die Linke liegt am Boden, die aktiven Mitglieder haben die Partei verlassen.

Nach der Kommunalwahl mit dem für die Linke so verheerenden Ergebnis will wohl auch keiner der ehemaligen Putschisten weiter bei der Linken mitarbeiten.

Rückblick: Der alte Vorstand wurde abgewählt, daraufhin verließ schon ein Großteil der Aktivisten die Partei und suchte in anderen Parteien oder Wählergruppen eine neue Heimat.

Vom Parteischiedsgericht wurde die Abwahl des Vorstands dann für nichtig erklärt und die Partei musste erneut zur Wahl schreiten. Inzwischen waren allerdings kaum noch Aktive bereit, sich für ein Amt zur Wahl zu stellen.

Und so geschah es, dass der neue Vorstand aus Manuel Perschel (Epi-Zentrum), der Oldenburgerin Ruth Rieß und Klaus Heckenbach als Schatzmeister besteht. Damit ist klar, dass die Stunden der Linken

in Wilhelmshaven gezählt sind – die Leute um Manuel Perschel haben ihr Ziel erreicht. Mitverantwortung daran trägt aber auch Bernd Mayer vom Kreisverband Wittmund, der nichts unversucht ließ, die Wilhelmshavener Linke zu spalten, und auch Anja Kindo unterstützte offen die Gruppe um das Epi-Zentrum.

Wie kann es weitergehen?

Es wird nicht lange dauern, bis der KV Wilhelmshaven völlig verstummt ist – und da lauern ja auch schon die Leute um Bernd Mayer, die den KV Wilhelmshaven gerne einheimsen würden und zu einem großen Verband zusammenschließen wollen – doch das kann und darf kein Weg sein. Die Linken in Wilhelmshaven werden wieder zusammenfinden und werden wieder einen anständigen Verband auf die Beine stellen – denn in einer Stadt, in der bei der letzten Landtagswahl in einigen Stimmbezirken die Linke über 20 % der Stimmen auf sich vereinigen konnte (das war natürlich, bevor die Leute des Epi-Zentrums zur Linken stießen), wo die Linke bei der letzten Europawahl das niedersachsenweit beste Ergebnis erzielte, wird es doch wohl noch Leute geben, die zu einer vernünftigen linken Parteilinie in der Lage sind. Fragt sich nur, wann das sein wird.

Hannes Klöpffer

Wir trauern um Werner Dalichow

geboren 26.04.1945 - gestorben 13.10.2011

Werner war Mitbegründer des Gegenwind-Vorläufers "Rotdorn" und war bis 1984 Mitglied der Gegenwind-Kernredaktion. Werner war ein wandelndes Geschichtsbuch und gab uns immer wieder einzigartige Hintergrundinformationen für unsere Recherchen.

Jetzt ist er, noch nicht einmal 67-jährig, seiner langen schweren Krankheit erlegen. Jahrelang hat er sie nach Möglichkeit ignoriert, doch aus einem sechswöchigen künstlichen Koma 2009 erwachte er sehr geschwächt. Jetzt war er auf ein Sauerstoffgerät angewiesen, und er konnte nicht mehr sprechen. Von seinem letzten Krankenhausaufenthalt wäre er sprachunfähig und pflegebedürftig entlassen worden. Das wäre kein Leben gewesen, wie Werner es führen wollte.

Werner war ein durch und durch politischer Mensch. Sein Opa hatte die Novemberrevolution 1918/19 mitgemacht, hat dem kleinen Werner davon erzählt und ihn damit früh politisiert. Von Kindesbeinen an war es ihm wichtig, für die Arbeiter, für die Armen und Entrechteten einzutreten. Konsequenterweise wurde er mit 16 Jahren, während seiner Lehre zum Schlosser, Gewerkschaftsmitglied.

1973 wurde Werner SPD-Mitglied. 1981 trat er – gleichzeitig mit vielen anderen – aus, weil er sah, dass die SPD nicht die Partei war, die sich wirksam für soziale Demokratie einsetzte. 2005 war er Gründungsmitglied der WASG (Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit) und initiierte die Gründung der WASG in Wilhelmshaven.

Als die Vereinigung von WASG und PDS zur Partei DIE LINKE sich anbahnte, ging ihm das zu schnell – er gehörte zu denen, die den linksgerichteten Kräften in Westdeutschland mehr Zeit lassen wollten, sich zu finden.

Doch er blieb bis zuletzt in der neuen Partei so aktiv, wie seine Gesundheit es zuließ. Seine Idee, sein Wunsch, eine Straße oder einen Platz in Wilhelmshaven zum Gedenken an die Demokratiebewegung nach Reichpietsch und Köbis zu benennen, wurde zu seinen Lebzeiten nicht erfüllt – vielleicht schaffen wir das ja noch.

Wir vermissen seine Menschlichkeit und seine Freundschaft.

Der Gegenwind führte viele Gespräche mit Werner Dalichow, berichtete über seine Aktivitäten.

Auswahl von Veröffentlichungen im Gegenwind: März 2005 - Verschiedene Ebenen - gleiche Ziele; Juli 2005 - Es geht voran; November 2005 - Und jetzt?; Oktober 2006 - Was ist links los? Juli 2007 - Vorhang auf

Nachrichten

Was'n Zirkus!

In diesem Jahr besteht die Grundschule Altengroden seit 50 Jahren. Für die Feier dieses Jubiläums hat sich das Kollegium etwas richtig Tolles ausgedacht: Ein Zirkus wurde für die letzte Septemberwoche eingeladen; für die Kinder war es eine Projektwoche, während derer sie Akrobatik lernen konnten; am Samstag der Projektwoche fanden Zirkusvorstellungen statt, in denen die Kinder zeigten, was sie gelernt hatten. Es gab wohl kein Kind, das nicht begeistert mitgemacht hätte. Knallfurstolz präsentierten sich die Kleinen einem begeisterten Publikum als Clowns, auf dem Seil balancierend, jonglierend und auf riesigen Bällen tanzend.

Leider hatte dieses Schuljubiläum eine Kehrseite. Für jedes Kind war ein Teilnahmebeitrag von 15 € zu entrichten. Für viele Familien ist es nicht weiter schwierig, diese Summe aufzubringen. Aber in Altengroden gibt es zahlreiche Familien im Hartz IV-Bezug, und für diese sind 15 € extra (bei mehreren Kindern entsprechend ein Vielfaches davon) eine richtige Belastung. Und die Zirkusvorstellungen kosteten dann auch noch Geld: 6 € pro Vorstellung für eine erwachsene Person, 4 € pro Vorstellung für ein Kind. Es waren insgesamt drei Vorstellungen, und nach der verzweifelt-empört-kritischen Nachfrage einer Mutter wurde der Eintrittspreis für SchülerInnen, die selber auftraten, dann aber auch die Vorstellung ihres Bruders bzw. ihrer Schwester ansehen wollten, etwas reduziert, und für Eltern mehrerer Kinder gab es Mengenrabatt: Zwei Vorstellungen kosteten 10 statt 12 €; die dritte Vorstellung dann jedoch wieder den vollen Preis von 6 €.

Die Frage, woher die 15 € Teilnahmegebühr zu nehmen waren, entwickelte sich dann zu einem "Zirkus": Diese Veranstaltung erfüllte keinen der Fälle, die im Bildungs- und Teilhabepaket vorgesehen sind: Es war keine Lernförderung und kein Schulausflug, keine mehrtägige Klassenfahrt und nichts mit einer Vereinsmitgliedschaft Vergleichbares. Bis zum Ende der Projektwoche mussten die betreffenden Eltern davon ausgehen, dass sie diese 15, 30 oder gar 45 € halt irgendwo einsparen müssten. Dann fiel dem Job-Center doch noch etwas ein, um die Ausgabe zu rechtfertigen: Kinder, die ihren monatlichen Zuschuss von 10 € zu einem Vereinsbeitrag nicht in Anspruch nehmen, bekamen die Gebühr aus dem Teilhabepaket finanziert (10 € für September, 5 € für Oktober – was für ein Glück auch, dass der Samstag der Projektwoche schon in einen neuen Monat fiel!). Trotzdem war das Projekt ein teurer Spaß für Arme: Für eine vierköpfige Familie kostete der Samstag 32 € an Eintrittsgeldern, und bei einer solchen Gelegenheit gab man dann doch auch 2 € pro Bratwurst aus, weil man zwischen den Vorstellungen gar keine Zeit hatte, nach Hause zu gehen und zu kochen. Unsere Informantin spricht dem Zirkus ein großes Lob aus. Sie fand es toll, was ihre Kinder in der Woche gelernt haben und welchen Spaß sie in dieser Zeit an der Schule hatten. An den Ausgaben am Samstag hatte sie jedoch den ganzen Oktober zu knappen! (noa)

Jade-Sail

Anfang Oktober feierte der JadeWeserPort-Cup seinen 10. Geburtstag. Die Windjammer-Regatta ist mittlerweile eine feste Größe bei Einwohnern und Touristen und in der Großsegler-Szene. Sogar die "Alex"(ander von Humboldt) fuhr hier heuer ihren Abschiedstörn.

Die Preise für den Tagestörn auf einem der Segler bei der Hauptregatta kann sich nicht jede/r leisten, an Bord ist, wer Rang und Namen hat oder von einem Sponsor bzw. einer Firma eingeladen wird, doch auch die Seh-Leute am Kai oder an den Beobachtungspunkten längs der Jadedküste haben ihren Spaß. Auch die Begleitfahrt des Wattenmeerhauses ist ein preiswerter Tipp, um dabei zu sein und nebenbei noch Spannendes über tierische Meeresbewohner zu erfahren. Für die Jugend gibt es am Vortag die gesponserten Törns "boarding next generation", für Schüler und Studierende, darüber hinaus könnten aber bedürftige Kinder oder Familien zukünftig speziell angesprochen werden, damit wirklich alle dazugehören.

Das Ganze ist natürlich eine Werbeveranstaltung für den Containerhafen, der eindeutig geteilte Begeisterung weckt als die Segelveranstaltung. Ob es sich langfristig gelohnt haben wird, für Hunderte von Millionen (aktuell 100 Mio Euro mehr als ursprünglich veranschlagt) wertvolle Natur und touristisches Potenzial unter Sand und Beton zu vergraben, muss sich noch zeigen. Umgekehrt kriegt man natürlich nur über den Hafen das Sponsoring der Regatta hin. Trotzdem ist es irgendwie schräg, dass dieser durchaus netten Veranstaltung der sperrige Name des Hafens aufgestempelt wurde. Es wirkt so abgedroschen, weil alles Mögliche in Wilhelmshaven "JadeWeserPort-Dingenskirchen" heißt. Wir freuen uns schon auf den JadeWeserPort-Cup in der Eisdielen, den JadeWeserPortwein und die JadeWeserPortiers in den Hotels. Auch die Busse fahren nicht mehr nach Voslapp, sondern zum ... Sie wissen schon. "Jade-Sail" oder sowas wäre eingängiger gewesen.

Davon abgesehen sind die 3-4 Tage Windjammer-Party am Großen Hafen eine Be-

reicherung, für die man auch gern auf das Wochenende an der Jade verzichten könnte. Es ist alles kleiner, feiner, stilvoller; statt die Kaikante wie beim WadJ mit Pommestuben voll zu stellen, so dass man den Hafen kaum sieht, gibt es einheitliche Pagodenzelte in geordneter Formation und freie Sicht aufs Feuerwerk - wobei, mit Verlaub, gleich zwei Feuerwerke zum JWP-Cup etwas dick aufgetragen waren, für den Preis von einem hätte man, siehe oben, auch arme Kinder zum Segeln einladen können.

Noch ein, zwei richtig hochkarätige Bands dazu (keine Lechschwaben!), und die "Jade-Sail" wäre das Flaggsschiff, für das man zweifelhafte Events wie "das größte Labskausessen der Welt" getrost in die Tonne treten könnte. (iz)

25!

BAVARIA KRUG

Betreutes Trinken seit 1913!

Frühstücken
Parties
Konzerte

KLING KLING

www.kling-klang-whv.de
www.myspace.com/klingklang

Hier spielt die Musik

Wilhelmshaven - Zentrum
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr.

Günstige Finanzierungen

Sie wollen: kaufen, bauen,
umfinanzieren oder sich den
derzeitigen Zins sichern?

Konditionen auf Anfrage

Finanzdienstleistungen
Generalagentur
Holger Janßen, Gökerstr. 216
26386 Wilhelmshaven
Tel.: 04421 / 77 45 43
Fax: 04421 / 96 66 90



MUSIKKNEIPE IM SÜDEN
DER STADT

Mainstraße 22 * Wilhelmshaven
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr

Gerechtigkeitslücke

Die Arbeitsloseninitiative stellte den Sozialstaat auf den Prüfstand

(noa) Das war mal eine andere Art ALI-Versammlung: ein Geistlicher als Referent. Bernhard Busemann, Pastor der Christus- und Garnisonkirche, gestaltete bei der Arbeitsloseninitiative einen Vormittag zum Thema "Sozialstaat auf dem Prüfstand".



Erfreulicherweise war diese "biblische Annäherung an das Thema" kein Referat, sondern angelegt und durchgeführt als Gedankenaustausch aller Anwesenden. Pastoral war es zwischendurch auch mal, als Busemann die Geschichte von Zachäus (Lukas 19, 1 – 10) darbot: *"Und er ging nach Jericho hinein und zog hindurch. Und siehe, da war ein Mann mit Namen Zachäus, der war ein Oberer der Zöllner und war reich. Und er begehrte, Jesus zu sehen, wer er wäre, und konnte es nicht wegen der Menge; denn er war klein von Gestalt. Und er lief voraus und stieg auf einen Maulbeerbaum, um ihn zu sehen; denn dort sollte er durchkommen. Und als Jesus an die Stelle kam, sah er auf und sprach zu ihm: Zachäus, steig eilend herunter; denn ich muss heute in deinem Haus einkehren. Und er stieg eilend herunter und nahm ihn auf mit Freuden. Als sie das sahen, murrten sie alle und sprachen: Bei einem Sünder ist er eingekehrt. Zachäus aber trat vor den Herrn und sprach: Siehe, Herr, die Hälfte von meinem Besitz gebe ich den Armen, und wenn ich jemanden betrogen habe, so gebe ich es vierfach zurück. Jesus aber sprach zu ihm: Heute ist diesem Hause Heil widerfahren, denn auch er ist Abrahams Sohn. Denn der Menschensohn ist gekommen, zu suchen und selig zu machen, was verloren ist."*

In dieser Geschichte aus der Bibel, so Busemann, wird eine Gerechtigkeitslücke sichtbar, und insofern erzählt sie von einer hochmodernen Grundspannung. Trotz "Aufschwung" besteht nach wie vor ein millionenstarkes Heer von Arbeitslosen, und nicht nur diese, sondern darüber hinaus 1,4 Millionen Geringverdiener sind auf Transferleistungen angewiesen. Seit Einführung des SGB II im Jahr 2005 haben die Steuerzahler mehr als 50 Mio. Euro für die Existenzsicherung von Menschen aufgebracht, die zu Niedriglöhnen oder in Teilzeit arbeiten und von ihrer Arbeit nicht leben können – und die Zahl der "Aufstocker" steigt weiter. Busemann bezog sich mit diesen Informationen auf einen Vortrag, den Nikolaus Schneider (Ratsvorsitzender der EKD) im September 2010 vor der Mitgliederversammlung der Evangelischen Fachstelle für Arbeits- und Gesundheitsschutz (EFAS) gehalten hat.

Der größere Teil dieser Menschen, die so wenig verdienen, dass sie von ihrem Lohn nicht leben können, haben eine Berufsausbildung – dagegen, dass ihre Arbeit nur so wenig wert sein soll, dass ihre Firma ihnen keinen existenzsichernden Lohn zahlen kann, sprechen die steigenden Gewinne in einigen Branchen. Und: Die VerbraucherInnen sind an dieser Entwicklung ebenfalls beteiligt, insofern sie für Dienstleistungen wenig bezahlen wollen (können).

Busemann: "Auf der einen Seite: Arbeitslosigkeit und Erwerbslosigkeit haben eine

brutale Realität, die die Lebensbedingungen und die Würde von Menschen grundlegend und alltäglich betrifft. Auf der anderen Seite: Es scheint ein virtuelles System von Macht und Geld zu geben, das den Boden der Realität und der Gerechtigkeit verlassen hat." (Kurz nach der ALI-Versammlung berichtete "frontal 21" über die Spekulationen mit Lebensmittelpreisen, mit denen u.a. die Deutsche Bank am Hunger in der Welt viel Geld verdient.)

Busemann sieht Zachäus als Synonym für ein System von Reichtum, das ohne Wirtschaftsleistung oder Gegenleistung Gewinne abschöpft, und fordert, die Gerechtigkeitslücke zu schließen.

Sein Appell an die soziale Verantwortung der Reichen und Mächtigen, so die Diskussion, wird allerdings nicht reichen. Es ist eine Machtfrage. In den Wochen nach der ALI-Versammlung verging kein Tag, an dem nicht in politischen Magazinen und Nachrichtenendungen die Regierung aufgefordert worden wäre, ihre Ankündigungen aus 2008 anlässlich der letzten Bankenkrise, hier regulierend einzugreifen, endlich wahr zu machen.

"Die Zachäusgeschichte ist ein christliches Leitbild zur Überwindung einer offensichtlichen Gerechtigkeitslücke in einer Gesellschaft. Die Suche nach Werten und Handlungsorientierung findet einen eindeutigen Maßstab: Es geht um ökosoziale Verantwortung und auch um Mut, Wahrheiten auszusprechen." So das Resümee von Pastor Busemann.

Um das angekündigte Thema "Sozialstaat auf dem Prüfstand" abzurunden, fehlte an diesem Vormittag eine Konsequenz aus der Zachäus-Geschichte und aus Busemanns Resümee: Die Gerechtigkeitslücke wird nicht geschlossen werden, indem man darüber spricht, dass es da einen "eindeutigen Maßstab" gibt. Man muss erreichen, dass dieser Maßstab auch (wieder) für die Gesetzgebung zur Geltung kommt. □



Minicar Dirks

☎ 772211



**Wir haben
unseren
Fuhrpark um
einige
Großraumfahrzeuge
erweitert**



**Reparaturen
aller Fabrikate**
spez. Volvo und Renault

Reifendienst
Achsvermessung
TÜV/AU
Abschleppdienst
Klima-Service

Schwarzhamm 2 Hooksiel
Tel. 04425 990870 Fax 990872
www.tenge-strohbach.de

Tenge & Strohbach
Kfz-Technik

JONATHAN
NATURKOST
Die Bio-Frische in Wilhelmshaven

Marktstraße 94, 26382 Wilhelmshaven, Tel.: 04421/7785555
Öffnungszeiten: montags-freitags 9.00-18.30 Uhr, samstags 9.00-16.30 Uhr

Euthanasie und Zwangssterilisation

NS-Medizin in Wilhelmshaven

(hk) Viele Jahrzehnte waren die Vorkommnisse im Landeskrankenhaus Wehnen verschleiert, selbst die Alliierten waren nach der Befreiung nicht in der Lage, die Vorgänge in Wehnen korrekt einzuschätzen und die für tausendfachen Mord Verantwortlichen vor Gericht zu stellen. Ursache dafür war, dass Wehnen nie in Verbindung mit dem Euthanasieprogramm der Nazis in Verbindung gebracht wurde. Und das lag wiederum daran, dass von Wehnen aus keine Transporte in die Tötungsanstalten durchgeführt wurden.

Ein Vortrag von Dr. Alfred Fleßner von der Forschungsstelle Geschichte der Gesundheits- und Sozialpolitik (GGS) am Institut für Sonder- und Rehabilitationspädagogik der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, stieß auf unerwartet großes Interesse. Der Vortragsraum in der VHS platzte erfreulicherweise aus allen Nähten.

Einleitend vermittelte Dr. Fleßner einen Überblick über die Hintergründe, die zu Euthanasie und Zwangssterilisation führten. Wichtig dabei ist zu wissen, dass Begriffe wie Rassenhygiene oder Eugenik nicht spezifisch mit dem Faschismus oder dem Nazi-Regime zu tun haben. In vielen Ländern gab und gibt es Eugeniker, in vielen Ländern gab und gibt es Programme zur Rassenhygiene – doch der Faschismus und seine Rassenideologie war ein Nährboden für diese Wissenschaftler. Bereitwillig unterstützten die Forscher und Ärzte die Faschisten bei der Schaffung der reinen Rasse, des idealen Menschen. Wo es den idealen Menschen gibt, gibt es auch lebensunwertes Leben, gibt es Menschen, die die Reinheit der Rasse beeinträchtigen.

Schon 1933 wurde das "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" im Reichsgesetzblatt veröffentlicht. Darin wird beschrieben, wer "erbkrank" ist: Die Liste reicht vom angeborenen Schwachsinn über Fallsucht und Veitstanz zu Taub- und Blindheit, von körperlicher Missbildung bis hin zum Alkoholismus. Perfiderweise ist derjenige, der unfruchtbar gemacht werden soll, auch gleichzeitig Antragsteller für seine Sterilisation. Da das aber sicher nicht so richtig funktionieren würde, bietet der Staat Hilfe an. So ist natürlich auch der Vormund, sind die Amtsärzte, die Anstaltsleiter von Kranken-, Heil-, Pflege- oder Strafanstalten antragsberechtigt. Natürlich hatte auch jeder Bürger das Recht, Anzeige zu erstatten. Damit hat der NS-Staat ein Denunziationssystem aufgebaut, das sämtliche Kontaktpunkte kranker Menschen berücksichtigt. Die Anträge wurden dann von einem Erbgesundheitsgericht beurteilt, welches die meisten Anträge positiv beschied.

Was geschah in Wehnen?

Wir zitieren dazu aus einer Veröffentlichung des Gedenkkreises Wehnen, in der dargestellt wird, wie die Tötungsmaschinerie funktionierte: (...) *In dramatischer Wendung des Krankheitsverlaufs konstatierten die Ärzte einen plötzlichen Verfall, wo vorher nur die geistigen oder seelischen Krankheiten beobachtet worden waren. Ein Vergleich mit dem "Meldebogen 1", jenem Aussonderungsformular, mit dem die "Aktion T4" *) jeden einzelnen Patienten auf seinen "Lebenswert" überprüfte, ließ dann oft erkennen, dass der körperliche Verfall mit dem Ausfüllen des Fragebogens zusammenfiel. Auffällig ist*

auch, dass die meisten Eintragungen dieser Art nach dem Tod des Patienten erfolgten. Klinische Beobachtungen, die Monate, gar Jahre überbrücken, sind in diesen Fällen häufig in einem Zug heruntergetippt worden. Damit fügt sich das typische Bild zusammen, das im technischen Jargon der Ärzte als "Niederführung" bekannt war. In Wehnen erfolgte, wie vielerorts, der Tod durch Nahrungsentzug.

Entwicklung der Sterblichkeit in der Heil- und Pflegeanstalt Wehnen 1936-1947

Vermutlich wurde auch per Medikation getötet, allerdings ist das aufgrund der Quellenlage nicht mehr eindeutig nachzuweisen. Es ergibt sich aber aus der Beobachtung, dass der "pünktliche" Tod nötig wurde, wenn bei vollen Betten Neuaufnahmen vor der Tür standen. Ländliche Heime und Psychiatrien wurden zugunsten der Kriegsmedizin geräumt. Man brauchte Betten und medizinische Infrastruktur für verwundete Soldaten und Rekonvaleszenten. In jeder Region fiel einer zentralen Anstalt die Rolle zu, die immer zahlreicher herbeigeschafften Patienten aufzunehmen. Insofern hieß "dezentrale Euthanasie" für die meisten Anstalten wie Wehnen, sich ein Ventil für die Überbelegung zu schaffen. Musste eine neue Gruppe aufgenommen werden, dann musste eine entsprechende Anzahl "niedergeführter" Patienten rasch sterben, damit ihre Betten frei wurden. (...)

In jedem Fall ging dem Tod der dezentralen "Euthanasie" ein langes Siechtum voraus, das selbst einem der zu Inspektionszwecken die Heil- und Pflegeanstalten bereisenden hauptverantwortlichen Arzt der

Tab. 1: Bestand, Zugänge, Abgänge und Todesfälle der Patienten in Wehnen von 1928-1947⁴⁰

Jahr	Bestand		Zugänge		Insgesamt		Abgänge		Todesf.	%
	Mä.	Fr.	Mä.	Fr.	Mä.	Fr.	Mä.	Fr.		
1928	147	151	101	92	248	243	35	77	26	5,29
1936	348	381	142	161	490	542	52	110	110	10,65
1937	386	374	180	168	566	542	122	104	104	9,06
1938	395	383	134	164	529	547	94	109	100	9,29
1939	398	375	166	293	564	668	98	213	124	10,06
1940	406	391	167	136	506	527	100	63	156	15,10
1941	397	374	192	147	589	521	116	70	164	14,77
1942	373	387	141	187	514	574	92	86	261	23,99
1943	299	369	241	473	540	842	70	188	325	23,51
1944	315	491	171	383	486	874	87	250	322	23,67
1945	252	449	270	446	522	895	187	279	435	30,62
1946	139	377	355	493	494	870	166	270	230	16,86
1947	240	458	195	212	435	670	157	133	88	7,96

Die Tabelle zeigt, wie die Zahl der Todesfälle in Wehnen sprunghaft anstieg. "Normal" ist eine Todesrate von 5 bis 7 Prozent. In Wehnen stieg sie von 10% in den Jahren 1936 bis 1939, über 15% in den Jahren 1940 und 41 auf bis zu 30% im Jahre 1945. Ein deutlicher Beweis für die durchgeführten Krankenmorde.

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak
Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70

Aktion "T4", Dr. Kurt Runkel, zu inhuman schien, so dass er sich über die "wirklich unschöne(n) Formen... der verminderten Ernährung unheilbar Geisteskranker" entrüstet und dafür plädiert, "den Patienten die Leiden zu verkürzen durch Darreichung von Medikamenten". Es ist nicht auszuschließen, dass dieser Formulierung die Zustände in der Heilanstalt Wehnen, die er mindestens zweimal inspiziert hatte, zugrunde lagen. Sicher ist, dass die Sozialbehörde vom Siechtum profitierte, denn solange der unterversorgte Patient lebte, kassierte sie Pflegegelder, ohne sie – ganz oder teilweise – auszugeben. (Quelle: Gedenkkreis Wehnen, Erinnerungen)

300 aus Wilhelmshaven

Auch aus Wilhelmshaven wurden Menschen nach Wehnen überstellt. Der Tannenhof, Karl-Hinrichs-Stift, Paul-Hug-Kinderheim, St. Willehad-Krankenhaus, Städtische Krankenanstalten, das Werftkrankenhaus, Marinelazarett, Ausweichkrankenhaus Voslapp – sie alle wiesen Menschen nach Wehnen ein. Für mindestens zwei Drittel von ihnen endete der Aufenthalt dort tödlich.

Dr. Fleßner wies darauf hin, dass es jetzt wichtig sei, in den Archiven der Krankenhäuser usw. nach Unterlagen aus der Zeit zu suchen, um endlich Gewissheit darüber zu bekommen, was hier in Wilhelmshaven geschah. Wer schickte Menschen nach Wehnen, wie viele wurden getötet? All das muss aufgeklärt werden. Und wenn hier angefangen wird zu forschen, dann werden viele wohlbekannte Namen Wilhelmshavener Ärzte ans Licht kommen.

Hinterfragt werden muss auch, warum Wehnen so lange als unbelastet angesehen wurde. Haben die Alliierten 1945 nicht sehen können, was da geschehen ist? Die Historiker erklären diese Tatsache damit, dass von Wehnen aus keine Transporte in eine der 6 Tötungsanlagen stattfanden, die Ermittlungen sich aber eben darauf konzentrierten. Dass in Wehnen der Krankenmord (Tötung durch Essensentzug, Medikamente) perfektioniert wurde (wie die nebenstehende Tabelle nachweist), konnte

oder wollte man wohl nicht sehen. Jedenfalls wurden die Untersuchungen schon früh eingestellt, die Ärzte wurden wieder in Amt und Würden eingesetzt, das Personal wurde ohne Abstriche übernommen.

Erst vor gut 20 Jahren untersuchte der Oldenburger Ingo Harms die Vorgänge im Landeskrankenhaus Wehnen (siehe Gegenwind 154 vom März 1999 - <http://www.gegenwind-whv.de/a15402.html>) und löste damit eine Lawine aus.

Wir hoffen, dass die Veranstaltung der Volkshochschule mit dazu beiträgt, dass

endlich die Wahrheit über die Vorgänge in Wehnen und über die Verstrickungen Wilhelmshavener Ärzte, Krankenhäuser und Ämter der Öffentlichkeit bekannt wird. □

Informationen im Internet: <http://gedenkreis.de/erinnerungen> und <http://www.forschungsstelle.ggs.uni-oldenburg.de/>

*) **Aktion T4:** Die Euthanasiemorde in der NS-Zeit oder Aktion T4 ist eine nach dem Zweiten Weltkrieg gebräuchlich gewordene Bezeichnung für die systematische Ermordung von mehr als

70.000 Psychiatrie-Patienten und behinderten Menschen durch SS-Ärzte und -Pflegekräfte von 1940 bis 1941. Neben rassenhygienischen Vorstellungen der Eugenik sind kriegswirtschaftliche Erwägungen zur Begründung herangezogen worden. Gleichzeitig mit ersten kirchlichen Protesten wurden die Tötungen nach erfolgter "Leerung" vieler Krankenabteilungen nicht mehr zentral, sondern ab 1942 dezentral, weniger offensichtlich fortgesetzt. – T4 steht für Tiergartenstraße 4 in Berlin. Hier war die Sonderverwaltung ansässig, die die Euthanasiemorde organisierte.

Döntjes vom Job-Center

(noa) Herr J. (regelmäßige Gegenwind-Leser kennen ihn schon) ist aber wirklich ein Pechvogel! Kaum hat er das Darlehen, das er im Dezember hätte bekommen sollen, im August gekriegt, damit einen Teil seines teuren Überziehungskredits beglichen und seine Zinslast verkleinert, fand er im September Arbeit. Und Arbeit ist momentan noch, solange das Job-Center das Zuflussprinzip stur anwendet, ohne dabei das Prinzip der bereiten Mittel im Blick zu haben (vgl. GW 260, "Bereite Mittel"), ein Pech.

Herr J. hatte sich auf einen Minijob beworben und durfte am 21. September (unentgeltlich) arbeiten - "zur Probe". Am Nachmittag dieses Tages rief er die Service-Nummer des Job-Centers an, teilte diesen Sachverhalt mit und kündigte an, sich wieder zu melden, falls und sobald er einen Arbeitsvertrag bekäme. Er arbeitete dann am 22. September und vom 27. bis 29. September je zweieinhalb Stunden - insgesamt also zehn Stunden.

Bis zum 29. September hatte er noch keinen Vertrag, hatte sich also auch noch nicht wieder beim Job-Center gemeldet. Doch zum 1. Oktober gab es einen Änderungsbescheid: Für Oktober, so teilte das Job-Center mit, werde ein Zufluss von 200 € angerechnet, und ab November wird das Job-Center davon ausgehen, dass Herr J. 400 € verdienen wird.

Viel bekam die Bedarfsgemeinschaft J. ja ohnehin nicht mehr ausgezahlt, da Frau J. ihre Rente bezieht und das im Dezember 2010 nicht gewährte und dann im August ausgezahlte Darlehen mit 2 x 10% des Regelsatzes zurückzahlen ist, und nun gab es am 30. September nicht einmal mehr die erwarteten knapp 20 €, die Familie J. für den Wochenendeinkauf dringend benötigte (es stand ein langes Wochenende bevor!), und die Miete wurde nicht in voller Höhe überwiesen.

Ein persönlicher Besuch beim Job-Center mit einer Begleitperson half, das Drama für den Monat Oktober abzuwenden. Doch als die Begleitperson gegangen war, teilte die Sachbearbeiterin dem Ehepaar J. mit, ab November würde es unter allen Umständen so gehandhabt wie im Bescheid angekündigt, es würden auf jeden Fall 400 € Einkommen angerechnet, so müsse das gemacht werden, **das sei eine Anweisung von oben.**

Familie Sch. hat im Sommer Zuwachs bekommen, und zwar gleich doppelten. Noch läuft das Kindergeld für die Zwillinge nicht – alle jungen Eltern wissen, dass es bis zu einem halben Jahr nach Anmeldung einer Geburt bei der Familienkasse dauern kann, bis das Kindergeld kommt. Das Job-Center allerdings rechnete den Zufluss des Kinder-

geldes schon ab September an, und Familie Sch. stellte im September und im Oktober am Ende des Geldes fest, dass noch jede Menge Monat da war.

Herr Sch. hat Ende Oktober nicht wieder einen Vorschuss geholt, der im November sofort wieder einbehalten worden wäre, sondern hat ein Darlehen beantragt. Er hat den Antrag schriftlich formuliert und persönlich abgegeben, und siehe da: Er bekam sofort einen neuen Bescheid, und das fehlende Geld wurde schnell überwiesen.

Frau P.'s Tochter besucht seit August die 5. Klasse. Schon vor den Sommerferien war bekannt, dass bald nach Schuljahresbeginn eine Klassenfahrt zum Kennenlernen stattfinden würde. Das ist ja auch kein Problem – mehrtägige Klassenfahrten werden laut SGB II ja bezahlt. Nach Inkrafttreten des Bildungs- und Teilhabepaketes hat das Job-Center eine neue Abteilung eingerichtet, bei der nun auch die Leistungen für Kinder, die schon vorher erbracht wurden, beantragt werden müssen.

Dort meldete Frau P. also Anfang Juli die Klassenfahrt ihrer Tochter an und beantragte die Übernahme der Kosten. Bis zur Klassenfahrt Ende August war noch viel Zeit, es konnte also nichts schief gehen, dachte sie.

Ihre Tochter wurde in der neuen Schule von der Klassenlehrerein gefragt, warum ihre Mutter die Reisekosten noch nicht überwiesen habe. Aha, dachte Frau P., das Job-Center hat also nicht sofort gearbeitet. Aber noch war ja Zeit, nachzufragen und auf Bearbeitung zu dringen. Beim Job-Center wurde ihr versichert, dass der Fahrtbeitrag ihrer Tochter rechtzeitig auf das Konto der Schule überwiesen würde. Als das Kind nach ein paar Tagen schon wieder nach dem Geld gefragt wurde, überwies sie es selber. Die Woche ohne ihre Tochter war eine hungri-ge Woche, denn ein Betrag von über 100 € liegt bei einer Hartz IV-Bedarfsgemeinschaft nicht so rum.

Natürlich teilte sie (leider nur mündlich) der zuständigen Sachbearbeiterin mit, dass sie das Geld selber überwiesen hatte und das Job-Center es nun also statt auf das Schulkonto auf ihr Konto überweisen musste. Ihre Tochter war von der Klassenfahrt

schon ein paar Tage zurück, und das Geld kam nicht. Die nächste Nachfrage ergab: Sie hätte die Reisekosten nicht vorstrecken sollen, und nun seien sie an die Schule überwiesen worden. Okay, also zur Schule, den Einzahlungsbeleg mitnehmen, die Sache aufklären – und noch einmal drei Wochen jeden Cent dreimal umdrehen, bis das Geld endlich bei ihr war!

Detektivspiel

Ich habe immer sehr gerne die Krimis von Agatha Christie gelesen. Da muss man mitdenken, selber auf die richtigen Fragen kommen, und nur Hercule Poirot und Miss Marple sind schlau genug, den verborgenen Hinweis zu entdecken, der ihnen des Rätsels Lösung offenbart.

In einem Sozialstaat sollte es eigentlich kein solches Detektivspiel sein, die Hilfen zu bekommen, die man braucht. Kein Geld zu haben, die Miete nicht bezahlen zu können, nicht zu wissen, was man morgen auf dem Tisch haben wird, das ist kein Spaß, der einen zu klugem Nach- und Um-die-Ecke-Denken reizt.

So sieht es aber offenbar die Leitung des Job-Centers (oder das Arbeits- und Sozialministerium? – man hat Herrn J. gesagt, es sei eine "Anweisung von oben", aber von wie weit oben, wissen wir nicht).

"Nostalgie am Rande: Nach dem Bundessozialhilfegesetz war jede/r Mitarbeiter/in einer Sozialbehörde verpflichtet, Hilfe zu leisten, wenn er/sie Kenntnis von einer Notlage bekam. Das waren noch Zeiten! Eigentlich ist das sogar immer noch so, aber andererseits gibt es Sozialleistungen nur auf Antrag", heißt es in unserer Ausgabe 257 in einem Artikel über das Bildungs- und Teilhabepaket. Die Referenten bei der März-Versammlung der ALI hatten darauf hingewiesen: "Jeder schriftlich geäußerte Wille ist ein Antrag."

Einem Job-Center-Mitarbeiter die eigene Notlage zu schildern, ihn/sie darauf hinzuweisen, dass der (Mini-)Lohn aber erst Mitte des Monats kommt, zu fragen, was man tun kann, wenn die Waschmaschine kaputt ist – all das müsste eigentlich dazu führen, dass man erklärt bekommt: Sie können die benötigten finanziellen Mittel als Darlehen bekommen, und dazu müssen Sie lediglich aufschreiben, dass Sie das wünschen. Stattdessen erntet man bei den meisten Job-Center-Beschäftigten in einer solchen Situation ein mitleidiges Lächeln oder ein gleichgültiges Schulterzucken, und man muss selber drauf kommen, wie es geht. Das ist einer Behörde in einem Sozialstaat unwürdig!

Anette Nowak

Das Letzte

Es gibt so vieles, über das wir gerne noch berichten würden, aber meist fehlt es am Platz, manchmal auch an der Zeit. Hier gibt es Meldungen, die unserer Meinung nach der Nachwelt erhalten bleiben müssen.

Famous last words Ende Oktober entschied das Verteidigungsministerium über die Zukunft der Bundeswehrstandorte in Deutschland. Wilhelmshaven hat dabei gut abgesahnt: Die bislang 7780 Dienstposten werden um mehr als 10% aufgestockt. Natürlich zu Lasten anderer Standorte. Dazu der scheidende OB Menzel im WZ-Interview: "Leider zu Lasten Kiels - aber gut, das ist eine Entscheidung, die ich dann nicht beklagen werde als Wilhelmshavener Oberbürgermeister." Ähnlich hat auch Oldenburgs OB Dr. Gerd Schwandner gedacht, als er Klage gegen den Ausbau der Bahnstrecke zwischen Oldenburg und Wilhelmshaven einlegte. Er fühlt sich zu allererst "seinen" BürgerInnen verpflichtet, die er vor Verkehrslärm schützen möchte. Dafür wurde er von Wilhelmshaven aus öffentlich verbal mit faulen Eiern beworfen.

Schluss mit Buff-ta-ta "Das kann nicht wahr sein!", kommentierte Michael Wintering, ehemaliger Leiter des Marinemusikkorps Nordsee, die Entscheidung des Verteidigungsministers, ebenjene Trachtenkapelle im Zuge der Bundeswehrreform aufzulösen. Auch Ex-OB Menzel zeigte sich fassungslos. Wir auch. Sind die noch zu retten? Alle reden vom Sparen, die Kommunen, die Länder, der Bund sind so gut wie konkurs. In den Rathäusern werden eiskalt Stellen abgebaut, aber der Bund soll weiterhin 50 Dienstposten finanzieren, deren einzige Aufgabe darin bestand, den Kameraden den Marsch zu blasen

und seit gefühlten 100 Jahren zusammen mit Menzel und Standortleiter Frank Vehoff das Wochenende an der Jade zu eröffnen? Musik ist was Schönes, handwerklich sind die Jungs gut und auch vielseitig, würden sie bloß nicht diese schreckliche Militärmusik spielen. Wer braucht das? Der Leiter des Musikkorps, Lutz Bammler, ist gerade in Kabul mit dem Auftrag, den afghanischen Streitkräften beim Aufstellen eines Musikdienstes zu helfen. Das ist natürlich das Wichtigste, was dieser desolate Staat braucht, um auf eigene Beine zu kommen. Wir schlagen vor: Die Stadt Wilhelmshaven geht mit gutem Beispiel voran und stellt 20 musikalisch talentierte Mitarbeiter frei für eine neue "Kommunalkapelle".

Die Linke meldet sich. Nachdem wir schon vermuteten, dass die Wilhelmshavener Linke nach der Kommunalwahl ganz abgetaucht ist, meldete sie sich am 5. November wieder zu Wort. In einem Beitrag auf ihrer Internetpräsenz kritisierte das ehemalige Linken-Vorstandsmitglied Ralph Herrmann den Gruppenvertrag zwischen SPD und CDU. Die Kritik ist vollkommen berechtigt, wir hatten nur Spaß daran, wie sie den Volksmassen präsentiert wurde. Einige Auszüge: *Es ist schon ein derber Schlag, den uns die Bolschewiki (russ.: "Mehrheitler") da in der ersten, konstituierenden Sitzung des Rates und in ihrem Gruppenvertrag versetzen (...). Wir können (...) nur folgern, dass sich die WilhelmshavenerInnen (...) auf eine übermäßig akteventrierte und vermutlich auch klientelistische Politik einstellen müssen, nicht auf eine Aura der Partizipation. - Einer Politik nach Gutsherren-Art also, die lediglich im Bereich der Wirtschaft eine Art hybrider Struktur (Verwirklichung des Governance-Prinzips, nach neoliberaler Lesart) zu- und erwarten lässt, (...) Aufgrund der sowieso schon desaströsen Finanzlage muss denn also erneut die Frage gestellt werden, wann (und zwar nur wann) die anderen*

Versprechen, die die Bolschewiken getroffen haben, geopfert werden und ob diese nicht von Anfang an dem Bereich der politics (also der Mittel zum Zweck) denn der policies (wirklichen Inhalte) geschuldet waren.

Liebe Pressestelle der Stadtverwaltung, wie uns zu Ohren kam, kann man seit Beginn der neuen Legislaturperiode Sitzplätze im Zuschauerraum des Ratssaales reservieren. Eine schöne Idee, von der sicherlich gerade bei gut besuchten Ratsitzungen ältere Menschen und auch andere, die nicht so gut stehen, sehen oder hören können, gern Gebrauch machen werden. Wir möchten unsere Leser/innen über diesen neuen Service informieren und hätten dazu gern folgende Zusatzinfos: Ist die Reservierung kostenlos bzw. falls nicht, welche Kosten fallen an? Sind die Plätze in der ersten Reihe teuer? Und bis wann muss man im Vorfeld einer Sitzung reservieren bzw. stornieren? Gespannt: Ihre GEGENWIND-Redaktion

Ursula Menzel, die Frau unseres Ex-OBs bekam in der Wilhelmshavener Zeitung Gelegenheit, auf die letzten 25 Jahre zurückzublicken. Unter anderen führt sie aus: *"Ich bin recht dünnhäutig geworden", gibt sie zu. Angriffe gehen ihr zunehmend nah. Vor allem, wenn die Familie mit hineingezogen wird. "Es gibt eine Karikatur, auf der mein Enkel zu sehen ist, im Hintergrund vier Kraftwerke. Und er fragt, wie sein Opa ihm das nur antun konnte." So etwas tut weh. Vor allem, weil ihr Mann ein so guter Opa sei. Nur zur Erinnerung: Es war Eberhard Menzel, der mit viel Élan sich dafür einsetzte, dass auf dem Rüstersieler Groden die Möglichkeit geschaffen wurde, bis zu vier Kohlekraftwerke anzusiedeln. Kein gutes Erbe für unsere Enkel!*

Ahoi!

WWW.BASU-WHV.DE BASU-TREFFEN: 2X IM MONAT, JEDEN 2. U. 4. MONTAG | RUSCHEREI | 19.30 UHR!

Die Demokratie hat es schwer in Wilhelmshaven und der Anspruch auf das Grundgesetz in seiner Ursprungsform scheint passé!

Man möchte meinen, in der letzten Ratssitzung wurden rechtstaatliche Grundsätze in ihr Gegenteil verkehrt und das Mandat der Bürger trägt jetzt diktatorische Züge, so wie damals, als alles auch ohne die Mitbestimmung der Inhauserieler stattfinden sollte, damals, als „Der Dreckige Sumpf“ sich über Wilhelmshaven ausbreitete und offenlegte, was Vetternwirtschaft und Korruption anrichten können. Das Resultat sehen wir bis heute in einer realen Misswirtschaft. Und während Wilhelmshaven für die Bürger immer teurer wird und sich der Überschuldung

nähert, versuchen die gleichen „Wagenlenker“ das Schicksal der geschundenen Stadt an der Jade in die Hände zu nehmen.

In ungenierter Weise manifestierten sie „Pest und Cholera“ und planen nun die Vervollkommnung der Intransparenz. CDU und SPD formten Wilhelmshaven, so wie es sich heute präsentiert, weit weg von „Boomtown“. Der Opposition hat man es gezeigt, man hat sie förmlich auf die Tribüne zu den

Bürgern verbannt. Man hat deutlich gemacht: zuerst kommen die Parteien und dann, ganz zuletzt das Volk. Man ist wieder unter Seinesgleichen und regiert nun ohne lästige Kritiker. **Was für eine Demokratie, und was für ein Weihnachtsgeschenk!**



„DER DRECKIGE SUMPF“ WURDE MIT DEN WILHELMSHAVENER VERHÄLTNISSEN ÜBER KORRUPTION UND VETTERNWIRTSCHAFT ZU EINEM BESTSELLER. SIND WIR WIEDER SOWEIT?

BASU
FREIE LISTE FÜR
WILHELMSHAVEN

BILDUNG | ARBEIT
SOZIALES UMWELT

WWW.BASU-WHV.DE

24 STUNDEN RUND UM DIE UHR INFORMIERT: WWW.BUERGER-WHV.DE